

**NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE
7. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES**

Sitzungsdatum: Mittwoch, 19.05.2021
Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:40 Uhr
Ort: Stadthalle Neustadt a.d. Waldnaab,
Am Hofgarten 1

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

- | | | |
|---|---|------------------|
| 1 | Antrag der CSU-Kreistagsfraktion; Antrag auf Erstellung eines Gutachtens zum Schulbusverkehr im Landkreis | Sg. 02/025/20-26 |
| 2 | Freiwillige Leistungen;
Zuschussantrag der Ökumenischen TelefonSeelsorge Nordoberpfalz für das Jahr 2021 | Sg. 12/041/20-26 |
| 3 | Freiwillige Leistungen; Zuschuss für das Geozentrum an der KTB | Sg. 12/044/20-26 |
| 4 | Vorlage der Jahresrechnung 2020 | Sg. 12/045/20-26 |
| 5 | Sonstiges, Wünsche und Anfragen | |

ANWESENHEITSLISTE

Stellv. Landrat

Nickl, Albert

Ausschussmitglieder

Budnik, Karlheinz
Kindl, Barbara, Dr. med.
Knobloch, Edgar
Lang, Andrea
Lehr, Peter
Lenk, Ernst
Lorenz, Karl
Plößner, Manfred
Stich, Günter

1. Stellvertreter

Morgenstern, Gerald

2. Stellvertreter

Bergmann, Klaus

Vertretung für Kreisrat Johann Mayer

Schriftführer

Weidner, Marcel

Verwaltung

Ach, Hermann
Bauer, Alfons
Güntner, Klaus
Koppmann, Martin
Kraus, Werner
Peintinger, Daniela
Pröbl, Claudia
Scheidler, Alfred, Dr.
Weigert, Christoph
Winderl, Sabrina

Referenten

Hamm, Steffen, Prof. Dr.

GRplus Nordoberpfalz

Presse

Peterhans, Friedrich

Der neue Tag

Abwesende und entschuldigte Personen:

Landrat

Meier, Andreas

Ausschussmitglieder

Mayer, Johann
Oetzinger, MdL, Stephan, Dr.

Stellvertretender Landrat Albert Nickl eröffnet um 15:00 Uhr mit der Begrüßung der Anwesenden im Tagungsraum die 7. Sitzung des Kreisausschusses der Wahlperiode 2020 - 2026.

Er stellt fest, dass die Einladung mit Tagesordnung form- und fristgerecht ergangen ist. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Einwände gegen die Ladung mit Tagesordnung werden nicht erhoben.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

ÖFFENTLICHER TEIL

1 Antrag der CSU-Kreistagsfraktion; Antrag auf Erstellung eines Gutachtens zum Schulbusverkehr im Landkreis

Die CSU-Kreistagsfraktion hat mit Schreiben vom 29.04.2021 (Eingang am 03.05.2021) und E-Mail vom 02.05.2021 folgenden Antrag gestellt:

Der Landkreis Neustadt an der Waldnaab beauftragt eine Studie bzw. ein fachliches Gutachten zur Situation im Schulbusverkehr in der Zuständigkeit des Landkreises. Gegenstand sollen nach einer umfassenden Grundlagenanalyse sowohl die nachhaltige Verbesserung der Situation in den Bussen hinsichtlich Vermeidung von Überfüllung sein, aber auch die Lenkung und Verteilung der Schüler auf bestehende Kapazitäten sowie wenn nötig auch der punktuelle Einsatz zusätzlicher Busse, wo dies sinnvoll ist. Einzubeziehen sind dabei auch digitale Lösungen zur Fahrgaststeuerung, soweit am Markt vorhanden oder auch als separates Modellprojekt umsetzbar.

Hinsichtlich der Begründung wird auf den beigegefügten Antrag der CSU-Kreistagsfraktion verwiesen.

Zur Begründung des Antrages erteilt stv. Landrat Albert Nickl dem Antragsteller das Wort.

Kreisrat Edgar Knobloch verweist auf die schriftlichen Ausführungen im Antrag und fasst die wesentlichen Gründe nochmals zusammen. Die Probleme bei der Schülerbeförderung stünden immer wieder in diesem Gremium zur Diskussion. Jedes einzelne Mitglied mache sich darüber Gedanken. Das Ziel müsse es daher sein, hierbei eine Lösung zu finden.

Um die Probleme lösen zu können, sei es notwendig, diese zu erkunden. Dabei gelte es, die unterschiedlichen Gesichtspunkte der verschiedenen Akteure, wie Schüler, Eltern, Schulleiter, Lehrer und Busunternehmer zu beleuchten. Ebenso wichtig sei, die Kreisräte und die Landkreisverwaltung eng mit einzubinden.

Der einfache Ruf nach mehr Bussen helfe da nicht weiter. Des Weiteren gebe es auch „Zwänge“. So seien manche Schüler auf bestimmte Busse angewiesen, um den entsprechenden Anschlussbus zu erreichen.

Das Ziel eines derartigen Gutachtens sei, aufzuzeigen, wie die Ausgangslage sei und ob bzw. was geändert werden könne.

Kreisrat Edgar Knobloch bittet daher um Zustimmung zum Antrag der CSU-Kreistagsfraktion zur Beauftragung einer Studie bzw. eines fachlichen Gutachtens zur Situation im Schulbusverkehr in der Zuständigkeit des Landkreises.

Kreisrat Günter Stich unterstreicht ebenso die Wichtigkeit, diese Daten einmal „schwarz-auf-weiß“ zu erheben. Es vergehe kaum ein Jahr ohne Diskussion in diesem Gremium. Die aus einer solchen Studie gewonnenen Fakten seien eine sehr gute Grundlage für die weiteren Schritte. Die SPD-Kreistagsfraktion werde diesen Antrag daher unterstützen.

Auch Kreisrätin Dr. Barbara Kindl findet es positiv, dass das Thema Schülerbeförderung damit intensiver angegangen werde. Als Vorschlag bringt sie ein, einen versetzten Beginn der Schulen als Entzerrung der Situation prüfen zu lassen.

Stv. Landrat Albert Nickl erwähnt hierzu als Beispiel die Schulen in Eschenbach und Kemnath, wo bereits jetzt den Unterricht zeitversetzt um eine $\frac{1}{4}$ Stunde beginnt. Die Organisation eines versetzten Zeitbeginns sei angesichts der mit dem ÖPNV zur Schule kommenden Schüler nicht einfach. Es sei aber sinnvoll, dies im Rahmen dieser Studie mit prüfen zu lassen. Bei der Studie müsse aber berücksichtigt werden, dass es manche Dinge gebe, die auch der Landkreis nicht ändern könne. Das Ziel sei, durch die Studie herauszufinden, wo im Landkreis die Stärken und Schwächen liegen.

Kreisrat Manfred Plößner ist grundsätzlich auch der Meinung, dass eine derartige Studie sinnvoll sei. Jedoch gibt er zu bedenken, dass auch das Sachgebiet 21/22 „Kommunalaufsicht, Schulen und ÖPNV“ im Landratsamt zu diesem Thema Auskunft geben könne und es bei der angedachten Studie noch einige Unklarheiten hinsichtlich der Kosten gebe und auch noch nicht klar sei, wer mit der Durchführung beauftragt werde. Als Vorschlag bringt er ein, dass vor der Beschlussfassung eine Beauftragung zu einer solchen Studie alle Daten, die bereits jetzt vorliegen, gesammelt werden. Dann könne eine Studie in Auftrag gegeben werden.

Kreisrat Edgar Knobloch teilt mit, dass ihm klar sei, dass die Verwaltung im Landratsamt über viele Daten bereits Bescheid wisse. Die Thematik sei jedoch sehr vielschichtig, mit sehr vielen unterschiedlichen Akteuren. Hierfür gebe es zahlreiche Firmen, die auf solche Gutachten spezialisiert seien und irgendwann müsse der Landkreis mal damit anfangen, diese Studie zu starten.

Kreisrat Klaus Bergmann ist der Meinung, dass die Erstellung einer solchen Studie grundsätzlich ein guter Schritt sei. Er könne es sich aber nicht verkneifen, zu sagen, dass dieses Thema schon oft seitens der B90/GRÜNE-Kreistagsfraktion angesprochen wurde. In seinen weiteren Ausführungen möchte er sich Kreisrat Manfred Plößner anschließen. Er schlägt vor, dass vor Ausschreibung einer Studie die Verwaltung mit der entsprechenden Vorbereitung beauftragt werde.

Kreisrat Manfred Plößner bekräftigt auch nochmals, dass es sinnvoll sei, vor einer Ausschreibung mehr Vorarbeit zu leisten. Aktuell seien die Daten noch zu wenig fundiert. Beispielsweise könnten die Schulen bezüglich der Schulzeiten vorab angefragt werden. Des Weiteren bittet er darum, die Informationen auch an die Kreisräte weiterzugeben.

Kreisrat Karl Lorenz greift die Thematik mit den Verstärkerbussen bzw. der Busanzahl auf. An das Sachgebiet 21/22 „Kommunalaufsicht, Schulen und ÖPNV“ stellt er die Frage, wie viele Busse eingesetzt werden könnten und ob nicht ein System mit verschiedenfarbigen Busfahrkarten eingeführt werden könne. All diese Dinge könne man schon vorab klären und danach die Studie angehen. Die Versetzung der Schulbeginnszeiten stelle er sich nicht so schwierig vor.

Stv. Landrat Albert Nickl entgegnet, dass die Schwierigkeit oftmals im Detail stecke. Deshalb sei es eine gute Lösung, eine Fachfirma mit der Erstellung einer Studie zu beauftragen. Diese habe einen unvoreingenommenen Blick von außen. Aktuell müsse auch berücksichtigt werden, dass seit 04.Mai zwar wieder Verstärkerbusse im Einsatz seien, aber auch noch nicht alle Schüler in den Unterricht zurückgekehrt seien.

Kreisrat Karl Lorenz fügt außerdem hinzu, dass vorab geklärt werden müsse, welche Standards gelten. In den USA habe beispielsweise jeder Schüler einen Sitzplatz.

VR Martin Koppmann schildert den Kreisräten ausführlich die aktuelle Situation und die aktuellen Zahlen zu den Schülerzahlen und zu den eingesetzten Schulbussen. Dazu wurde bereits zum 11.11.2020 eine Analyse in Auftrag gegeben. Im Haushalt 2021 stehen hier Mittel in Höhe von 20.000 Euro zur Verfügung. Er schlägt

vor, dass die Verwaltung eine Leistungsbeschreibung für die in Auftrag zu gebende Studie ausarbeitet. Diese könne dann gerne in Rücksprache mit den Fraktionen ausgearbeitet werden.

Stv. Landrat Albert Nickl dankt VR Koppmann für die ergänzenden Informationen und fasst zusammen, dass aktuell die Zielrichtung sei, dass eine Studie erstellt werden soll. Die Verwaltung erarbeitet dabei eine entsprechende Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung.

Kreisrat Karl Lorenz zeigt sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise zufrieden.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, formuliert stellvertretender Landrat Albert Nickl den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt:

1. Der Antrag der CSU-Kreistagsfraktion zur Erstellung eines Gutachtens zum Schulbusverkehr wird befürwortet. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte für die Ausschreibung vorzubereiten und eine Leistungsbeschreibung auszuarbeiten.
2. Vor der Ausschreibung des Gutachtens erfolgt eine nochmalige Beteiligung der Fraktionen des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: Ja 12 Nein 0

Stellvertretender Landrat Albert Nickl verweist auf die Vorlage und den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Die Ökumenische TelefonSeelsorge Nordoberpfalz erhält bereits seit vielen Jahren einen jährlichen Zuschuss des Landkreises. Seit 2012 beträgt dieser 6.000,00 €.

Die TelefonSeelsorge Nordoberpfalz hat nun mit beiliegendem Antrag für das Jahr 2021 wieder um einen Zuschuss in Höhe von 6.000,00 € gebeten.

Im Haushalt 2021 sind dafür auch 6.000,00 € eingeplant.

Es wird deshalb vorgeschlagen, wieder einen Zuschuss in Höhe von 6.000,00 € zu gewähren.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorliegen, stellt stellvertretender Landrat Albert Nickl den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, dass der Ökumenischen TelefonSeelsorge Nordoberpfalz für 2021 wieder ein Zuschuss in Höhe von 6.000,00 € gewährt wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 12 Nein 0

3 Freiwillige Leistungen; Zuschuss für das Geozentrum an der KTB

Stellvertretender Landrat Albert Nickl verweist auf die Vorlage und den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Das GEO-Zentrum an der KTB erhält bereits seit vielen Jahren einen jährlichen Zuschuss des Landkreises. Zuletzt hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 24.01.2019 für die Jahre 2019 und 2020 einen Zuschuss i.H.v. jeweils 50.000 Euro beschlossen.

Mit dem beigefügten Schreiben hat des GEO-Zentrum nun für die Jahre 2021 bis 2023 weiterhin um einen Zuschuss von jährlich 50.000 Euro gebeten. Das GEO-Zentrum hat darin auch darauf hingewiesen, dass diese Zuwendung des Landkreises auch eine Voraussetzung dafür ist, dass die Förderung des Freistaates weiter gewährt wird.

Gerade im Hinblick auf die Pandemiefolgen (Besucherrückgang um mehr als 50 %, deutlich weniger Erlöse aus dem Geo-Shop etc.) ist das GEO-Zentrum auch weiter auf die Zuwendungen des Freistaates und der Kommunen angewiesen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, dem GEO-Zentrum auch für die Jahre 2021 bis 2023 weiterhin einen Zuschuss in Höhe von jährlich 50.000 Euro zu gewähren.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorliegen, stellt stellvertretender Landrat Albert Nickl den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Für das GEO-Zentrum an der KTB gewährt der Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab für die Jahre 2021 bis 2023 jährlich einen Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro

Abstimmungsergebnis: Ja 12 Nein 0

VR Alfons Bauer stellt die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2020 vor und geht in seinem Vortrag auf die wesentlichen Abweichungen vom Haushaltsplan sowie deren Ursachen näher ein. Die Jahresrechnung 2020 liegt dem Protokoll als Anlage bei.

VR Bauer benennt insbesondere die wesentlichen positiven sowie negativen Ursachen für diese Abweichung bei der Rücklagenentnahme.

In den Bereichen der Jugendhilfe, der Abfallwirtschaft, bei den Gastschulbeiträgen und beim Belastungsausgleich SGB II seien die Ausgaben höher ausgefallen, als ursprünglich im Haushaltsplan vorgesehen.

Im Gegenzug waren in den Bereichen Ausgaben SGB II, dem überlassenen Kostenaufkommen, der Hausverwalterpauschale, dem überlassenen Grunderwerbssteueranteil sowie bei den Bedarfszuweisungen die Kosten und Ausgaben jeweils niedriger bzw. die Einnahmen höher als ursprünglich geplant. Des Weiteren wurden der Investitionskostenzuschuss in Höhe von 750.000 Euro für das Krankenhaus Vohenstrauß sowie die allgemeine Deckungsreserve in Höhe von 300.000 Euro nicht benötigt.

VR Bauer fasst zusammen und teilt mit, dass die positiven Abweichungen insgesamt überwogen haben, wodurch statt der ursprünglich geplanten Rücklagenentnahme in Höhe von ca. 2,9 Mio. Euro lediglich 1,1 Mio. Euro entnommen wurden.

Die Vorlage dieser Jahresrechnung heute diene zur Kenntnisnahme. Die Jahresrechnung und der Prüfbericht werde dann wie gewohnt dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung vorgelegt.

Stv. Landrat Albert Nickl dankt VR Bauer für die Vorstellung der Jahresrechnung und stellt dabei die guten Planungen von Kämmerer Alfons Bauer heraus.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet stv. Landrat Albert Nickl die Ausführungen von VR Alfons Bauer zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Kenntnis genommen

5 Sonstiges, Wünsche und Anfragen

Auftretende Fragen zu den Corona-Schutzimpfungen, insbesondere zu den Liefermengen und zur eingesetzten Software werden, soweit möglich, von VARin Claudia Pröbl zufriedenstellend beantwortet.

Kreisrat Edgar Knobloch teilt mit, dass im Truppenübungsplatz Grafenwöhr seitens der Amerikaner auch die deutschen Beschäftigten geimpft werden. Er lobt die Amerikaner und unterstreicht, dass diese sich immer an die deutschen Corona-Vorgaben halten und hielten.

Stv. Landrat Albert Nickl ergänzt und spricht ein großes Lob im Namen des Landkreises an alle Beteiligten aus, die dabei mitwirken, die Coronapandemie gut zu bewältigen.

Weitere Wortmeldungen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges, Wünsche und Anfragen“ im öffentlichen Teil liegen nicht vor.

Stellvertretender Landrat Albert Nickl beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedet den anwesenden Pressevertreter.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Albert Nickl
Stellvertretender
Landrat

Marcel Weidner
Schriftführung